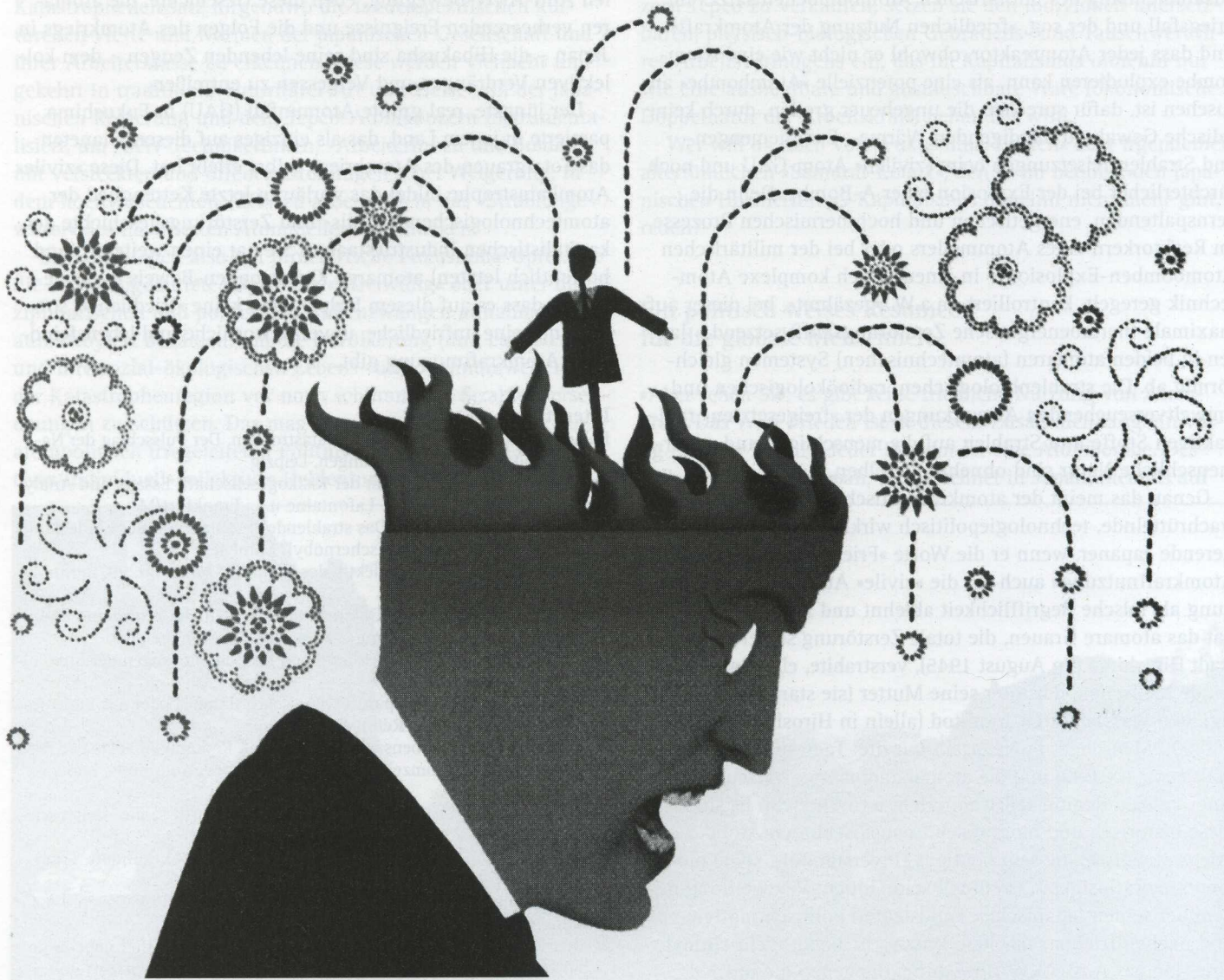


Fragestellungen linker Strategie in der »Großen Krise«

von | Carl Friedrich und Paul Oehlke



Die Linkspartei konnte sich in Deutschland zur allgemeinen Überraschung in den Jahren von 2005 bis Mitte 2010 hervorragend etablieren. Während linke Parteien in Westeuropa zerfielen, gelang es ihr, mit einer Strategie mehrheitsfähiger sozialer Forderungen und Widerstand gegen militärische Aktivitäten wie die Beteiligung am Afghanistankrieg die übrigen Parteien »vor sich herzutreiben« (Lafontaine). Diese Strategie hat sich scheinbar erschöpft. Stattdessen erfahren die Grünen phänomenale Zuwächse in der Wählergunst, insbesondere aus neueren, mittelständisch etablierten Arbeitnehmerschichten. Zugleich verbreitert sich subkutan im Kontext einer um sich

greifenden sozialen Verunsicherung und imperialer Ambitionen herrschender Kreise ein rechtskonservatives Potenzial, das von politischen und medialen »Brandstiftern«¹ tagtäglich neue Nahrung erhält. In dieser widersprüchlichen Situation, in der sich DIE LINKE programmatisch zu orientieren versucht, wollen wir bisher nicht ausreichend akzentuierte, teilweise nicht gelöste und künftig weiter zu bearbeitende Fragestellungen diskutieren, die uns für die strategische Öffnung zu einer nachhaltig sozialen und ökologischen Entwicklungsperspektive bedeutsam erscheinen.

Karikatur: Economist

Neoliberalismus als globale Herrschaftsstrategie

Ausgangspunkt für die parteipolitische Formierung der Linken war der Widerstand gegen bereits länger anhaltende soziale Verwerfungen im Zuge einer neoliberalen Wettbewerbsideologie. Dabei erinnern wir an den häufig vernachlässigten Sachverhalt, dass die schon früh von von Hayek, van Mises und später der Chicago School unter Milton Friedman entwickelten marktradikalen Vorstellungen erst seit dem historischen Umbruch in den späten 1960er Jahren praktische Wirksamkeit erlangten.

Während die fordistischen Antriebskräfte des »goldenen« Nachkriegszeitalters erlahmten, die Profitraten von Zyklus zu Zyklus zurückgingen, die keynesianischen Regulierungsformen in Westeuropa immer weniger griffen und die USA als westliche Führungsmacht im Vietnamkrieg eine militärische Niederlage und zugleich eine wirtschaftliche Schwächung mit der Aufgabe der Bretton-Woods-Regulative (Kapitalverkehrskontrollen, Gold-Dollar-Standard, feste Wechselkurse) erfuhren, schien sich das realsozialistische Lager zu konsolidieren, gewannen antikoloniale Befreiungsbewegungen größere Bewegungsspielräume und erstarkten die Arbeiterbewegungen in einigen westeuropäischen und lateinamerikanischen Ländern mit hier und da aufblühenden sozialistischen Transformationsansätzen.

In dieser ambivalenten Kräftekonstellation erfolgte im Zeichen neoliberaler Doktrinen eine Kehrtwende mit »Shock and Awe«. Sie wurde nach dem gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Unidad Popular in Chile am 11. September 1973 unter der Mithilfe des CIA errichteten Pinochet-Diktatur von den »Chicago-Boys« unter Milton Friedman eingeleitet. Mit der folgenden Brechung gewerkschaftlicher Kampfkraft und Zurückdrängung sozialer Errungenschaften in den USA unter Ronald Reagan und in Großbritannien unter Margaret Thatcher in den 1980er Jahren bis hin zum späteren Zerfall der Sowjetunion und der zumindest partiellen Eingliederung Chinas in weltkapitalistische Systemzusammenhänge erstreckte sich der Siegeszug des neoliberalen Imperativs der Selbstregulierung von Märkten gegenüber demokratischen Interventionen. Dies ermöglichte eine erneute Steigerung der Ausbeutung von Mensch und Natur ebenso wie eine drastische Umverteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums von unten nach oben sowie von den armen Ländern zu den reichen.

Es ist vielfach empirisch belegt worden, dass die fortschreitenden sozialökonomischen Enteignungs- und privatkapitalistischen Aneignungsprozesse in den letzten Jahrzehnten weltweit Hunger und Verarmung, ökonomische Krisen und ökologische Katastrophen, vielfach auch kriegerische Konflikte und anschwellende Migrationsströme hervorgebracht haben.² Die innergesellschaftlichen Folgen sind auch in Europa bekannt: sozial-ökonomische Spaltungsprozesse und rechtspopulistische Strömungen, autoritäre Maßnahmenbündel zur Herrschaftssicherung im Innern und aggressive Ambitionen nach außen mit einer notfalls militärischen Erschließung von Märkten und Rohstoffen, die mit einer zunehmend brutalisierten Abwehr von Flüchtlingen verbunden werden.³ Angesichts

der offen zutagetretenden imperialistischen Strategien, die von Neokonservativen in den USA affirmativ als »demokratischer Imperialismus«⁴ im Sinne eines militärischen Demokratieexports gerechtfertigt werden, hat sich gegenläufig in Teilen der westdeutschen Linken unter der Flagge der Ablehnung eines als nicht mehr zeitgemäß verstandenen Imperialismusbegriffs⁵ ein außenpolitischer Realitätsverlust ausgebreitet, der freilich von innenpolitischen Opportunitätswängen befördert wird.

Der sich herausbildende »neue Imperialismus«⁶ bringt in gewisser Weise auch eine sich verstärkende Krise des ökonomischen und politischen Systemzusammenhangs mit militärischen Überdehnungsformen insbesondere der USA zum Ausdruck, die mit dem Aufkommen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), insbesondere aber Chinas, offensichtlich wird. So ist der Neoliberalismus nach dem ersten Schub der Großen Krise 2007-2009 in der Theorie zwar entzaubert, in der Praxis aber in eine neue, aggressive Phase eingetreten.⁷ Er verfolgt dabei eine doppelte Zielsetzung: Sicherung des globalen Herrschaftszusammenhangs in erweiterten geostrategischen Interventionsszenarien und die erneute Stabilisierung einer finanzmarktdominierten Profitratentwicklung vorwiegend auf Kosten der Arbeitnehmer und Bezieher von Transfereinkommen. So fällt in Europa eine wachsende Zahl von Ländern unter die unverhüllte Diktatur jener Finanzmärkte, die noch in der Endphase der schwarz-roten Koalition in Deutschland gebändigt werden sollten.

Die andauernden gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse untergraben in vielfältiger Weise die Legitimation der herrschenden Kreise, deren politische Repräsentanten rapide an Zustimmung verlieren, ohne dass die Mehrheiten der Bevölke-

Carl Friedrich ist Diplominformatiker in Köln, *Paul Oehlke* ist Sozialwissenschaftler in Köln, beide sind Autoren im Supplement 5/2009 *Das nordische Modell – eine Alternative?* Paul Oehlke ist Verfasser des VSA: Buches »Arbeitspolitik zwischen Tradition und Innovation« (Hamburg 2004).

¹ Siehe die Spiegel-Titelgeschichte »Die Brandstifter«. Politik und Populismus – Die unheimliche Macht der »Bild«-Zeitung. In: Der Spiegel 9 vom 28.2.2011, 132-141.

² Zeller, Christian (Hrsg.) (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.

³ Perger, Werner A. (2009): Wie der Populismus die Volksparteien unterwandert. In: Zeit online (www.zeit.de/online/2009/08/populismus-merkel-fluechtlinge/seite-2).

⁴ Wagner, Jürgen (2006): Demokratischer Imperialismus. US-Geopolitik zur Rekolonialisierung der Welt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9, 1097-1103.

⁵ Dies dokumentiert selbst die klug ausgearbeitete Grundsatzrede von Gregor Gysi auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema »60 Jahre Israel: Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel« (siehe rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0809.pdf), wenn er den Imperialismus auf längst vergangenen Kolonialbesitz (als Absatzmarkt und Rohstoffquelle) festschreibt und in der fordistischen Phase entfalteter Binnenmärkte, die aber im neoliberalen Wettbewerb systematisch zurückgefahren werden, ohnehin an Bedeutung verlieren sieht.

⁶ Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus, Hamburg; Serfati, Claude (2003): Imperialisme et militarisme: actualité du vingt-et-unième siècle. Lausanne; aktuell Deppe, Frank/Salomon, David/Soltz, Ingar (2011): Imperialismus. Köln.

⁷ Dies kommt beispielsweise in dem extrakonstitutionellen Interventionsbefehl des amerikanischen Präsidenten Barack Obama im Libyenkrieg zum Ausdruck, insgesamt in seiner raschen Domestizierung durch den »militärisch-industriellen Komplex« (Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1961), dem seine »besten konfliktentschärfenden Absichten« in Schriften und Ansprachen – vorschnell geädelt durch den Friedensnobelpreis – rascher als erwartet zum Opfer fallen.



325

iz3w



**Vorsicht Baustelle!
Chinas roter Kapitalismus**

Außerdem: ▶ Misere in Uganda ▶ Repression in Ägypten ▶ Eskalation in Syrien ▶ Atomklo im Pazifik ...

56 Seiten, Einzelpreis € 5,30

auch als PDF-Download

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

Ossietsyky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.
Informativ, knapp und klar: Ossietsyky

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich:

Jahresabo/Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),
Halbjahresabo/Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

Vorname/Name

Adresse

Datum/Unterschrift

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Dietrich Kittner.
Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Verlag Ossietsyky GmbH
Fax 0511 - 21 55 126 · ossietsyky@interdruck.net
www.ossietsyky.net

rungen in den europäischen Ländern bisher eine glaubwürdige Alternative erkennen können. Die deutsche Linkspartei hatte sich bei der Vereinigung von PDS und WASG zum Ziel gesetzt, den Neoliberalismus wenigstens einzudämmen, wenn nicht zu brechen. Durch die neuerlichen neoliberalen Zuspitzungen ist das implizit in einem nationalen Kontext formulierte Ziel unversehens in den Strudel einer heraufziehenden europäischen, auch internationalen »Systemkrise« versetzt worden, auf die weder die deutsche Bevölkerung, noch die Linkspartei ausreichend vorbereitet sind.

Dies gilt aber auch für das schlingernde politisch-ökonomische Herrschaftskartell selber; der radikale Schwenk der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomenergie nach der Fukushima-Katastrophe und die Wahlniederlage der schwarz-gelben Koalition in Baden-Württemberg, die sich sammelnden Widerstände in der Wirtschaft und die Stabilisierungsversuche in der EU lassen untergründige Verschiebungen in der gesellschaftlichen Kräftekonstellation erkennen. Insofern eröffnen sich auch für die Linke neue Bewegungsspielräume, aus ihrer aktuellen Defensive mit konkreten Alternativen herauszukommen.

Deutschlands Rolle in der EU-Krise

In dem neueren imperialistischen Entwicklungszusammenhang der Triade lässt sich seit den späten 1990er Jahren eine hegemoniale Rolle Deutschlands in der EU erkennen. So erfolgte unter dem Mantra vorgeblich mangelnder Wettbewerbsfähigkeit eine rücksichtslose Politik des Lohn-, Sozial- und Steuer-, zuweilen auch des Umweltdumping im vorwiegenden Interesse der Exportindustrien und hier insbesondere der beherrschenden Großkonzerne. So warnte eine hochrangige Expertengruppe der EU zur Informationsgesellschaft bereits Ende der 1990er Jahre eindringlich vor einer »negativen Integration« durch Unterbietungswettläufe.⁸ Trotz solcher Warnungen war es gerade einer rot-grünen Koalition vorbehalten, die Deutschland-AG aus dem miteinander verflochtenen Industrie- und Bankkapital mit korporativer Einbindung der Gewerkschaften durch die Freisetzung des Finanzkapitals zu flexibilisieren und durch die staatlich flankierte Senkung der angeblich zu hohen Lohnkosten und Sozialausgaben wettbewerbsstärker zu machen.

Der noch immer nachwirkende institutionelle Wettbewerbskorporatismus, aktualisiert durch die arbeitsmarktpolitische Segregation in Stamm- und zunehmend abgehängte Randbelegschaften, erklärt nicht nur den relativ widerstandlosen Abbau sozialer Errungenschaften hierzulande, sondern auch die bisher erfolgreiche Problemverschiebung der europäischen Krisensituation auf jene wirtschaftlich schwächeren PIIGS-Länder (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien), die mehr oder weniger von deutschen Exporten überschwemmt werden. Ihnen werden angesichts kaum zu leistender Zins- und Schuldendienste unter deutscher Vormundschaft von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds einschneidende soziale Deregulierungen, Lohn- und Sozialkürzungen sowie weit-

gehende Privatisierungen öffentlichen Eigentums verordnet, die mit gravierenden Nachfrageausfällen sich bereits abzeichnende sozialökonomische Abwärtsspiralen zur Folge haben.⁹

Dagegen haben sich die privaten Gläubiger, europäische Banken, Fonds und Versicherungen, bisher mehr oder weniger risikolos unter jenen öffentlichen Rettungsschirmen bereichert, für die allein die Steuerzahler aufkommen müssen – ein zyhnisches Spiel über Bande in der größten Finanzialisierungsphase der Wirtschaftsgeschichte.¹⁰ Dabei ist die EU zu einem zentralen Spielfeld der finanzkapitalistisch gesteuerten Enteignungs- und Aneignungsprozesse geworden.

Es ist dankenswert, dass Jürgen Habermas vor einer sozialen und politischen Implosion Europas warnt.¹¹ Wie aber wäre es, wenn nicht nur der Philosoph sich zu Wort meldete? Sollen die Völker Europas warten, bis sie »dran« sind und dabei ihre Souveränitätsrechte an die Repräsentanten der Finanzmärkte und deren zwar beklagten, aber nicht verbotenen »Massenvernichtungswaffen« (Warren Buffett) abgeben? Wie wäre es, wenn Gewerkschaften, Sozialverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure über ihre nationalen Aktionsspielräume hinaus gegenüber den neoliberalen Neujustierungen in kombinierten Wettbewerbs- und Umverteilungspakten (Europäischer Stabilitätsmechanismus, Euro-Plus-Pakt usw.) das früher propagierte Projekt eines sozialen Europa wiederbeleben und von einer linken europäischen Volkspartei unterstützt würden, die für eine demokratisierte Union der europäischen Völker auch gegen die weitere Verstärkung rechtspopulistischer Parteiformationen in europäischen Ländern auf den Plan tritt? Initiativen für europaweite Aktionen der Linken, eine vertiefte Integration der linken Parteien in Europa und eine gemeinsame europäische linke Alternative mit erweiterten Bündniskonstellationen halten wir für dringend erforderlich!

Entwicklung wissenschaftlicher Produktivkräfte

In der Überproduktionskrise der 1970er Jahre fiel nicht nur der Startschuss für den neoliberalen Strategiewechsel, sondern auch für die wissenschaftlich-technische sowie organisations- und bildungspolitische Revolutionierung der Produktivkräfte, während bereits die irdischen Grenzen eines unbeschränkten Wachstums am Horizont sichtbar wurden. Es handelte sich um den Beginn eines technisch-ökonomischen und sozial-kulturellen Paradigmenwechsels, für den sich folgende Indikatoren anführen lassen:

■ Die informations- und kommunikationstechnische Ausrichtung der Produktivkräfte und hiermit verbunden die Ausbreitung neuer Technologien wie z.B. der Roboter und CNC-Werkzeugmaschinen, der Computer und Software, der Mikrosystemtechnik und Nanotechnik, der Bio- und Gentechniken, die allesamt neue rasch wachsende Branchen hervorbringen, aber auch als generische Technologien die traditionellen Industriezweige wie Maschinen- und Automobilbau, Elektro- und Chemieindustrie sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen etwa mit Internet und Handy prägen.

- Die fortschreitende Durchdringung industrieller, dienstleistender und agrarwirtschaftlicher Arbeitsprozesse mit Wissensselementen in einer zunehmend verwissenschaftlichten Produktionsweise als Sprengkraft der Wertproduktion, die jedoch in einer höchst widersprüchlichen Weise in verlängerten Arbeitszeiten und intensivierten Arbeitsprozessen bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung aufrechterhalten wird.¹²
- Eine Höherqualifizierung vieler Erwerbstätiger, exemplarisch erkennbar an der steigenden Zahl der HochschulabsolventInnen in Deutschland: von knapp 400.000 Studierenden 1968 auf 2,1 Mio. heute. Sie verzeichnen trotz des enormen Zuwachses ein unterdurchschnittliches Arbeitsplatzrisiko, was den wachsenden Bedarf einer im Umbruch befindlichen Wirtschafts- und Arbeitswelt deutlich macht.¹³
- Stürmisches Wachstum des human-sozialen Dienstleistungssektors (Erziehung und Bildung, Gesundheit und soziale Dienstleistungen) ebenso wie der Frauenbeschäftigung als Ausdruck fortschreitender Vergesellschaftung. So gab es 1968 in der BRD über 330.000 Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen, heute sind es in Gesamtdeutschland schon mehr als 1 Mio., im Gesundheits- und Sozialbereich weitere 4,6 Mio. Erwerbstätige.¹⁴

Das Beschäftigungswachstum im Bildungs- und Ausbildungsbereich indiziert einen langfristigen Trend, der in vergleichbaren Ländern allerdings noch viel stärker ausgeprägt ist. Unter entsprechenden Altersjahrgängen in den OECD-Ländern liegt Deutschland mit einer Quote von knapp 24% Hochschulabsolventen in der Schlussgruppe. Die führenden Länder liegen bei 50-60%; der relative Anteil des Bildungsbereichs an den Erwerbstätigen in Schweden ist größer als der gesamte Staatsdienst in Deutschland.¹⁵ Solche Vergleiche zeigen: Obwohl grundsätzlich die gleichen wissensökonomischen Trends wie in anderen Ländern wirken, gibt es hierzulande besonders starke Gegenkräfte.

Ein Grund dafür sind tradierte klassenspezifische Selektionsmechanismen des deutschen dreigliedrigen Schulsystems. Ein anderer besteht in der neoliberalen Agenda der Reduktion sozialer und öffentlicher Ausgaben zugunsten der angeblich wachstumsförderlichen Entlastung von vermögenden und unternehmerischen Leistungsträgern. So sind die wichtigsten »Bildungsreformen« der letzten Jahre von der Verkürzung des Gymnasiums auf acht Schuljahre bis zum Bologna-Prozess mit

⁸ European Commission (1998): Building the information society for us all. Final policy report of the high-level expert group. Luxembourg, 47-49.

⁹ Wehr, Andreas (2011): »Economic Governance« in der Euro-Zone: Eine Wirtschaftsregierung des Finanzkapitals. In: junge Welt 131 vom 8. Juni, 10-11

¹⁰ Finanzialisierungsphasen entstehen, wenn lange Wellen kapitalistischer Akkumulation abflachen und die Profitraten zurückgehen. Sie beruhen weniger auf willkürlichen politischen Entscheidungen, so sehr diese fördernd wirken mögen, sondern zunächst mehr auf der »Liquiditätspräferenz« (Keynes) der Kapitaleigentümer bei geringen Profitraten. Zur Theorie der Finanzialisierungsphasen vergleiche die Werke von Fernand Braudel, Giovanni Arrighi, Immanuel Wallerstein, David Harvey und Carlota Perez.

¹¹ Habermas, Jürgen (2011): Ein Pakt für oder gegen Europa? In: SZ 81 vom 7. April, 11.

¹² Vgl. dazu Marx, Karl (1857/58): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, 231, 592ff.

¹³ Bundesamt für Statistik: Statistische Jahrbücher 1970, 1981, 2010

¹⁴ Bundesamt für Statistik: Statistische Jahrbücher 1970, 2010, 2008

¹⁵ OECD Factbook 2010: Tertiary education graduation rates, OECD 2010.

der Einführung von Kurzstudiengängen auf Kosteneinsparung und reduzierte Bildungsinvestitionen zugeschnitten. Dies gilt auch für Pläne zur modulartigen Verkürzung der Berufsausbildung und anstehende Einschränkungen von Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose. Wenn dennoch der Bildungssektor und das Bildungsniveau selbst in Deutschland langfristig gewachsen sind, dann liegt das weniger an abstrakten »zivilisatorischen Tendenzen des Kapitalismus«, sondern eher an gewerkschaftlichen Aktivitäten für erweiterte berufliche Bildungsmöglichkeiten und an dem alltäglichen Ringen der Menschen um eine gute Ausbildung für sich und ihren Nachwuchs.¹⁶

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim international vergleichenden Blick auf die Arbeitswelt. Geht es um selbständige, partizipatorische und teamartige Organisationsformen als Quelle von Lern-, Innovations- und Produktivitätsprozessen, dann liegt Deutschland – dem relativ detaillierten arbeitspolitischen Regelwerk mit vielfältigen Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetzen und jahrzehntelangen arbeitspolitischen Humanisierungs- und Innovationsaktivitäten zum Hohn – ganz weit hinten.¹⁷ Unter dem kombinierten Druck einer obsessiven Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und kurzfristig zu realisierender Gewinne, flankiert durch die arbeitsmarktpolitische Kehrtwende, setzen die meisten Unternehmen hauptsächlich auf Kostenreduzierung durch Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen, Personalausdünnungen. Restrukturierungen zielen daher primär auf Aufwandsreduzierung statt auf die Entwicklung der individuellen und kollektiven Kompetenzen in aufgabenintegrierten und kooperativen Arbeitsprozessen oder kreativitäts- und innovationsförderlichen Formen der Arbeitsorganisation.¹⁸ Wo das Management aber eine indirekte Kontextsteuerung durch finanzmarktdiktierter Rentabilitätsvorgaben favorisiert, stehen die selbständig agierenden Beschäftigten unter dem Druck nicht beherrschbarer Marktentwicklungen, was den überall konstatierten Anstieg psychosomentaler Belastungen bis zu depressiven Erkrankungen erklärt. Die arbeitspolitische Rückwärtsrolle der beiden letzten Jahrzehnte erweist sich als kontraproduktiv für die weitere Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Im Zuge politisch entfesselter Finanzmärkte blockieren Kostensenkungswettläufe jene dynamischen Innovationskräfte, die über technisch-organisatorische Neuerungen hinaus bereits von Schumpeter in komplexen industriellen Strukturveränderungen angesprochen wurden.¹⁹ Dies tritt beispielsweise bei der verzögerten Umstellung auf regenerative Energien durch die großen Energiekonzerne ebenso wie bei der vernachlässigten Entwicklung integrierter Mobilitätssysteme durch die Automobilindustrie oder der gebremsten Erforschung lebenserhaltender Pharmaka für die Krankheiten verarmter Massen in den nur wenig entwickelten Ländern zutage. Verantwortlich für dieses Marktversagen ist ein kapitalistisches Wettbewerbsregime, das mehr oder weniger von Monopolinteressen auch in den neueren Branchen beherrscht wird.²⁰ Als Quelle des Monopolprofits dient hier in steigendem Maße die privatwirtschaftliche Aneignung von Wissen mittels Urheber- und Patentrechten: »Um als Ware verkäuflich und als Kapital verwertbar zu sein, muss Wissen ... in Privateigentum verwandelt

und verknüpft werden.«²¹ Unter dem Schlagtruf des »geistigen Eigentums« haben etwa Pharma-, Software- und Unterhaltungsindustrie in den zurückliegenden Jahrzehnten einen historisch beispiellosen Rechtsschutz für die profitable Monopolisierung von Wissen erzielt und damit gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten beschränkt.²²

Entsprechend lautet unsere These, dass die monopol- und finanzkapitalistisch bestimmten Verwertungs- und Aneignungsprozesse sich insbesondere in Deutschland als Fessel gesellschaftlicher Entwicklung erweisen. Die dumpingpolitische Fortschreibung der deutschen Exporterfolge stellt einen parasitären Entwicklungstyp dar, der seine qualitativen Voraussetzungen aufzehrt: das traditionell hohe Niveau der deutschen Facharbeiter und Ingenieurskunst. Entsprechend wird ein Leitstern für Deutschland noch auf absehbare Zeit das »Nordische Modell« bleiben, an dem sich ganz real ablesen lässt, welche Chancen sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung hierzulande verschenkt werden.²³ Die Linke ist daher gefordert, das vielgestaltige Reformfeld einer gesellschaftlich bestimmten Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung, sicherer und kreativer Arbeit sowie Zugänge zu einer freien »Wissensallmende« und Massenkollaboration²⁴ programmatisch stärker in einer produktivkraftpolitischen Perspektive zu akzentuieren.

Das klassenpolitische Problemfeld

In den informations- und kommunikationstechnisch geprägten Industrien ist der Anstieg beruflicher Qualifikationen und wissensgeprägter Tätigkeiten evident; sie gewinnen aber auch in nahezu allen anderen Wirtschaftsbereichen mit der Zunahme gewährleistender Tätigkeiten in der Produktion an Bedeutung. Dies ist mit einer steigenden Arbeitsproduktivität verbunden, die sich zugleich in einem sinkenden Anteil der Industriearbeiter und einem steigenden von Dienstleistungstätigkeiten im gesellschaftlichen Arbeitskörper niederschlägt. Letztere weisen eine starke Differenzierung auf: von kleineren Gruppen in gut bezahlten Finanz- und Unternehmensdienstleistungen über einen wachsenden Gesundheits- und Bildungssektor auf mittlerer Ebene bis zu einem Heer gering qualifizierter prekärer Jobs etwa in Call Centern, Restaurants oder der Gebäudereinigung mit einem hohen Anteil in Teilzeit oder geringfügig beschäftigter Frauen.

Rund 85% der Bevölkerung ist abhängig vom Bezug von Lohn, Gehalt und Transferleistungen. Diese Majorität hat sich jedoch außerordentlich nach Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, nach Bildung und Einkommen, sozialen und ethnischen Beziehungsgeflechten, räumlichen Gegebenheiten und kulturellen Existenzweisen differenziert. Während die marxistischen Klassiker des 19. Jahrhunderts von der homogenisierenden Wirkung kollektiver Erfahrungen einer erzwungenen Fabrikdisziplin und miserablen Wohnquartieren einer zu dem stark wachsenden Industriearbeiterklasse ausgehen konnten, hat sich diese auf unter ein Viertel der Beschäftigten in den entwickelten Ländern verringert und zudem in ihrer sozialen Lebensweise und kulturellen Vorstellungswelt weitgehend

fragmentiert.²⁵ Mit ihrem quantitativen Rückgang, den sozialstrukturellen Differenzierungen und neuen pluralistischen Lebensformen ist eine weitgehende Auflösung des politischen und kulturellen Klassenzusammenhangs verbunden, der einst von den Sozial-, Sport- und Bildungsvereinen über Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften und Parteien bis zu einem reichhaltigen Publikationsangebot entfaltet worden war. Mit den politischen Niederlagen im Zuge der neoliberalen »Konterrevolution« befördern zugleich Erscheinungsformen opportunistischer Anpassung eine strukturelle Schwächung der gewerkschaftlichen Bindungen und Erosion der traditionellen Arbeiterparteien und hier insbesondere ihrer linken kommunistischen und sozialistischen Fraktionen.

Vor dem Hintergrund einer sozialstrukturellen Differenzierung und sozial-kulturellen Enteignung sowie politischer Anpassungstendenzen seit den 1970er Jahren drohen die traditionellen Vorstellungen einer historischen Subjektrolle der Arbeiterklasse ins Leere zu laufen, selbst wenn noch Kerne einer manuell tätigen und geistig arbeitenden, selbst gesell-

¹⁶ Entsprechend haben Marx und Engels gerade die konfliktreiche Einführung der 10-Stunden-Bill mit ihren Impulsen zur einfachen und erweiterten Reproduktion der ArbeiterInnen wie zum Übergang von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion, also der gesetzlichen Verhinderung des absoluten physischen Raubbaus, der Erschließung von Bildungsmöglichkeiten und der Beförderung von technisch-organisatorischen Innovationen, als Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse gefeiert. Dies gilt in gesteigertem Maße für die Revolution von 1918 mit erweiterten sozialen und politischen Rechten ebenso wie für den demokratischen Sozialstaat nach der Niederlage des Faschismus. Diese beseitigten zwar nicht den Kapitalismus, aber ermöglichten ein höheres zivilisatorisches Niveau für die gesamte Bevölkerung (siehe als bisher unübertroffene Einführung in diese historischen Zusammenhänge Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt a.M. 1965).

¹⁷ »Zypern, die Tschechische Republik, Deutschland und Griechenland sind am ehesten der Kategorie »stark belastende Arbeitsorganisation« zuzurechnen: Die Anforderungen an die Beschäftigten in diesen Ländern sind hoch und verursachen Stress, doch die Beschäftigten verfügen nur über einen vergleichsweise geringen Grad an Selbstbestimmung; diese Art der Arbeitsorganisation wirkt sich am negativsten auf die Arbeitsbedingungen aus.« Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (2008): Vierte Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen, 64f.

¹⁸ Brödner, Peter; Oehlke, Paul (2011): Die strategische Funktion nachhaltiger entfaltetes Arbeitsvermögens in wissensintensiven Wertschöpfungsprozessen. In: Zeitschrift für Arbeitswissenschaft 01, 59ff.; siehe auch Oehlke, Paul (2006): Arbeitspolitische Innovationen. Sozial-ökonomische Alternative zum neoliberalen Kostenwettbewerb. In: Widerspruch 50: Alternativen! 1. Hj., 67-77.

¹⁹ Schumpeter, J. A. (1969): The dynamics of competition and monopoly. In: Hunter, Alex (Ed.): Monopoly and Competition. Penguin modern economics, 40-65.

²⁰ Foster, John Bellamy; McChesney, Robert W.; Jamil, R. (2011): Monopoly and Competition in Twenty-First Century Capitalism, in: Monthly Review, Volume 62, Issue 11.

²¹ Gorz, André (2004): Wissen, Wert und Kapital. Zürich, S. 11.

²² Die unter Federführung der WTO 1994 verhandelten Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (TRIPS) zielen darauf ab, ihre »Standards« in der ganzen Welt etwa im Verbot von wesentlich preiswerteren lebensrettenden Generika z.B. gegen HIV/AIDS durchzusetzen. Der dreiste, zugleich geniale Vorstoß von Google zielt darauf, trickreich an jedem geltenden Recht vorbei die gesamte Weltliteratur im Internet verfügbar zu machen und für Googles Werbeeinnahmen zu instrumentalisieren.

²³ Carl, Friedrich (2009): Das nordische Modell. Orientierungsrahmen für fortschrittliche Reformpolitik in Deutschland. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5, 15-25. Siehe auch die materialreichen Expertisen von Cornelia Heintze (www.dr-heintze-beratung.de/Publikationen/veroeff.html) und das Informationsportal von Joachim Jahnke zu Skandinavien (www.ijahnke.net/skandinavien.html).

²⁴ Als Microsoft durch seine, mit millionenschweren Investitionen forcierte »Encarta« die Lexikonverlage der Welt aus ihren angestammten Märkten vertreiben wollte, hatte das Unternehmen nicht mit weltweit über eine Million AutorInnen von Wikipedia gerechnet. Sie stellten seit 2001 ein weit überzeugenderes Projekt auf die Beine, in dem gleich anderen Projekten freier Softwareentwicklung eine der Tendenz nach postkapitalistische Produktionsweise praktiziert wird.

²⁵ Peter, Lothar (2010): Was machen wir mit dem Klassenbegriff? In: Z 81, März, 133-148



Karikatur: Economist

schaftskritischen und konfliktbereiten Industriearbeiterklasse nachgewiesen werden können.²⁶ Die politisch angestrebte Perspektive einer von gemeinsamen Interessen geprägten »Arbeiterklasse«, ersatzweise einer »Klasse der Lohnabhängigen«, ist aber ohne ausreichende sozialstrukturelle Bindungen und kulturelle Praxen nur fiktiv um den Preis einer voluntaristischen Definition herzustellen.²⁷ Statt von einer relativen Homogenität der Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie sozial-kulturellen Erfahrungen und hieraus erwachsenden Deutungsmustern ausgehen zu können, in deren Schoß die europäischen Arbeiterbewegungen in langen Lernprozessen entstanden,²⁸ steht die Linkspartei angesichts einer ausgeprägten sozialen Heterogenität der Arbeitnehmerschichten und differenzierten Milieus mit individualisierten Lebensformen vor den nicht gelösten Problemen, erweiterte gesellschaftliche Organisationsformen und kollektive Handlungsfähigkeiten sowie eine entsprechende klassentheoretische Bestimmung und Strategie zu entwickeln.

Hat damit die Arbeiterklasse »politisch ausgedient«? Zumindest das neoliberale Herrschaftskartell scheint das nicht zu glauben. Die unter beschäftigungspolitischem Vorzeichen popularisierte Lohnspreizung hat auch eine politische Stoßrichtung: die Bändigung immer noch »gefährlich« erscheinender Industriearbeiterkollektive, die im Konfliktfall »alle Räder« still stellen könnten. Es ist den politischen Entscheidungsträgern gelungen, durch ein gefächertes System prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie einer allgemeinen sozialen Unsicherheit

auch die hoch organisierten Stammebelegschaften in den Exportindustrien einzuschüchtern und in der Krise mit Überstundenabbau und Kurzarbeitergeld einzubinden. Kein Wunder, dass Ohnmachtserfahrungen und »adressatenlose Wut« selbst unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen eine effektive Gegenwehr untergraben.²⁹ Sie wird zudem in transnationalen Wertschöpfungsstrukturen und Lieferketten durch sprachliche Verständigungsschwierigkeiten, unterschiedliche institutionelle Regelwerke und nationale Traditionen behindert. Insofern lautet unser Fazit, dass die traditionelle Produzenten- und Organisationsmacht der industriellen Arbeiterklasse zwar weiterhin eine wichtige Größe im politischen Kräfteverhältnis, aber keine ausreichende Basis für die Entwicklung und Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Alternativen mehr darstellt.

Übergreifende Aspekte einer Transformationsperspektive

Für die Linke stellt sich die Frage, wie vor dem Hintergrund verstärkter sozialer Ungleichgewichte verbunden mit unterschiedlichen sozial-ökonomischen Lebenslagen und individualisierten Lebensentwürfen sowie behindert durch ein Gestrüpp angstbesetzter Fehlwahrnehmungen³⁰ zwischen den heterogenen Gruppen der Lohnabhängigen überhaupt Solidarität erfahrbar werden soll. Einen Teil der Antwort hat die Linkspartei mit ihrer Gründung bereits gegeben. Gegenüber der neoliberale

VSA: Analyse & Aktion versus Deregulierung & Passivität



Dumpinglöhne

In diesem Buch kommen Menschen zu Wort, denen öffentlich kaum Gehör geschenkt wird: so genannte Niedriglöhner. Sie berichten von kargen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und fehlenden Perspektiven für ein lebenswerteres Leben – und von ihrem Wunsch nach Veränderung.

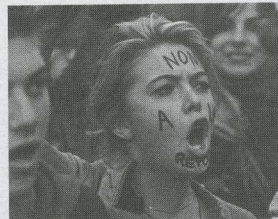
»Auch deshalb muss dieses Buch erscheinen. Denn es skandalisiert nicht nur die Niedertracht – es feiert auch die Solidarität, die

Hoffnung, die wir trotz allem nicht verloren haben.« (Günter Wallraff)

Günter Wallraff/Frank Bsirske/Franz-Josef Möllenberg (Hrsg.)

Leben ohne Mindestlohn | Arm wegen Arbeit

Niedriglöhner, Leiharbeiter und »Aufstocker« erzählen
176 Seiten | € 12.80 | ISBN 978-3-89965-448-6



Protest Bewegung Umbruch

Von der Stellvertreter-
zur Beteiligungsdemokratie

René Rudolf
Ringo Bischoff
Eric Leiderer (Hrsg.)

Beteiligung

Jahrelang waren wir gewöhnt, dass über unsere Köpfe hinweg regiert wurde. Jetzt wollen wir diese Arbeitsteilung nicht mehr. Politischer Protest wird eine Lebensäußerung – ein Lebensgefühl.

Die AutorInnen beleuchten die Vernetzung und Umsetzung von Protesten und zeigen endlich wieder Flagge. Sie beschreiben, wie sie von den Bewegungen in London, Paris und Wien mitgerissen wurden. Das Buch zeigt den Mut

und die Raffinesse, mit der junge Menschen im Kampf für ihre Ziele die Deutungshoheit über die öffentliche Meinung gewinnen.

René Rudolf/Ringo Bischoff/Eric Leiderer (Hrsg.)

Protest | Bewegung | Umbruch

Von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie
184 Seiten | € 12.80 | ISBN 978-3-89965-448-6

Im Buchhandel oder bei: VSA: St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg | Tel. 040/28095277-0 | info@vsa-verlag.de | www.vsa-verlag.de

ralen Praxis verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Diskriminierung stellt die Zusammenarbeit mit verfolgten Asylbewerbern, arbeitslosen Hartz-IV Empfängern, überhaupt prekären Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfenen Mitbürgern das unentbehrliche Fundament jeder politischen Alternative dar, die mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Trägern eine armutsfeste, sanktionsfreie und nicht diskriminierende Mindestsicherung, sozial-kulturell angemessene Mindesteinkommen sowie eine öffentliche Grundversorgung von Wasser und Energie, Wohnraum und Mobilität anstrebt. Man sollte in den anstehenden politischen Auseinandersetzungen stärker in die Waagschale legen, dass es hierbei um die Würde des Menschen (Artikel 1 Grundgesetz) im demokratischen Sozialstaat (Artikel 20) als den nicht veränderbaren verfassungspolitischen Grundsatzentscheidungen geht, die von der politischen Klasse nur noch beschränkt wahrgenommen, wenn nicht außer Kraft gesetzt werden.

Dadurch, dass der freie Zugang zu Erziehungs- und Bildungseinrichtungen einschließlich Wissenschaft und Forschung, gesundheits- und qualifikationsförderliche Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen sowie ressourcensparende und regenerative Umweltbedingungen auch für die oberen Segmente der Lohnabhängigen bis zu den Zwischenschichten immer mehr eine zukunftsweisende Bedeutung gewinnen, ergeben sich Berührungspunkte für übergreifende strategische Optionen, die bisher noch nicht konsequent genug artikuliert worden sind. Schon heute politisiert die fortschreitende Enteignung sozio-kultureller Lebensräume auch gut gebildete, wissenschaftsgesellschaftlich geprägte und öko-libertäre Milieus mit relativ gesichertem Einkommen, wie es die Auseinandersetzungen um das Stuttgarter Bahnhofs- und Immobilienprojekt offenbar gemacht haben. Hierbei entstehen neue Formen gesellschaftlichen Engagements quer zu institutionalisierten Vertretungsorganen, deren Legitimation nach innen wie nach außen durch postdemokratische Formen der Fremdbestimmung vom alltäglichen Lobbyismus bis zur verdeckten Korruption weitgehend aufgebraucht worden ist.

Indikatoren für den Aufbruch aus der Unmündigkeit stellen die neueren kommunikativen, informationstechnisch gestützten Vernetzungen von Individuen dar. Die rasche Bildung einer handlungsfähigen Gegenöffentlichkeit ist ein internationales Phänomen, ob es sich um den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, die tunesischen und ägyptischen Revolutionsaktivitäten sowie ihre Ausstrahlung in den arabischen Raum oder die andauernden Jugendproteste um verbesserte Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Frankreich und Spanien handelt. Diese Aufbrüche sich punktuell vergesellschaftender Individuen verlangen aber nach tragfähigen Strategien und Strukturen für die angestrebten Politik- oder Regimewechsel etwa bei den sich zuspitzenden Konflikten in Griechenland und Portugal, wo die Regierung und Opposition zu Erfüllungsgehilfen bei der Durchsetzung der Beschlüsse des neoliberalen Herrschaftskartells degradiert werden. Dies bringt wiederum die Gewerkschaften und linke politische Gruppierungen auf den Plan, die in weitaus stärkerem Maße in konstruktive Interaktionen mit zivilgesellschaftlichen Aktionskernen von der Frauen- bis zur Umweltbewegung und

intellektuellen Diskussionsforen treten müssen. Entscheidend wird die Herausbildung einer sozial-kulturellen Formation, die traditionelle Bündnisconzepte und informationelle Netzwerke zwar in sich aufheben, aber über diese hinausgehen muss. Hierbei kann eine starke Linkspartei eine katalytische Funktion gewinnen.

Als verbindendes Element und entscheidender Angelpunkt einer linken Wirkungsweise ist der weit über die Linkspartei hinausweisende Leitgedanke einer solidarischen Gesellschaft sich miteinander vernetzender Individuen stärker herauszustellen – als breitenwirksame Alternative gegen den nutzenorientierten Egoismus der Einzelnen und den Sozialdarwinismus marktradikaler Politik.³¹ Im Zuge der in der Mitte der Gesellschaft aufbrechenden sozial-ökonomischen Spaltungs- und Krisenprozesse müssen sich linke Protagonisten dialogisch auf die langfristigen Erfordernisse zugleich ökologisch bewahrender und sozial ausgleichender, demokratiefördernder und friedenspolitischer Aktivitäten verständigen – und dies über den regionalen und nationalen Rahmen hinaus in einer ebenso europäischen wie internationalen Perspektive, die von den Sozialforen geöffnet worden ist.

Insofern bleibt für die Linkspartei auch unter verfassungspolitischen Gesichtspunkten die anti-imperialistische Friedensagenda mit der Forderung nach internationalen Regulativen des Kapitalverkehrs, Vergesellschaftung des Finanzkapitals und Überführung systemrelevanter Unternehmen in Gemeingut aktuell. Die Transformation der privatkapitalistischen Herrschaftskomplexe bedarf demokratischer Steuerungsformen, um profitorientierte Rentabilitäts Gesichtspunkte durch ökologische und soziale Effizienzkriterien überformen zu können. Dies macht erweiterte Möglichkeiten der Mit- und Selbstbestimmung in einem antimonopolistischen Arrangement aus öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Eigentumsformen erforderlich. Es handelt sich hierbei um einen, in die institutionellen Geflechte der bürgerlichen Gesellschaft hineinwirkenden demokratischen Staat als »Pionier« sozial-ökologischer Vergesellschaftungsprozesse. Diese müssen statt der weiteren Zerstörung der irdischen und menschlichen Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums eine in steigendem Maße wissenschaftsgesellschaftlich gespeiste Entwicklungsdynamik in Richtung einer »kreativen Bewahrung« von Mensch und Erde in Gang setzen.

²⁶ Siehe die detaillierten Ausführungen von Seppmann, Werner (2011): Die verleugnete Klasse. Zur Arbeiterklasse heute. Berlin.

²⁷ Die nahezu bekenntnishafte Fixierung auf einen mythologischen Begriff der Arbeiterklasse oder wenigstens einer Klasse der Lohnabhängigen hat in der Programmdiskussion der Linken unter marxistisch orientierten Strömungen eher eine einheitsstiftende Funktion als politische Wirksamkeit. Diesem Trugschluss unterliegt auch die sorgfältige Aufarbeitung der Diskussion durch Bell, Hans Günter (2011): Klassengesellschaft ohne Arbeiterklasse? In: Z 85, 79-88.

²⁸ Siehe das epochale Werk von Thompson, Edward P. (1963): The Making of the English Working Class. Harmondsworth 1963 und hieran anschließend Vester, Michael (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Frankfurt a.M.

²⁹ Detje, Richard; Menz, Wolfgang; Nies, Sarah; Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen. Hamburg.

³⁰ Eine solche Fehlwahrnehmung ist die zuweilen geäußerte Einschätzung der Protestierenden gegen Atomkraft und vor allem Stuttgart 21 als »bürgerlich«.

³¹ Konkrete Alternativvorschläge hierzu im EuroMemorandum 2010/11: Der Krise entgegenreten: Solidarität statt Sparkurs. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2011.